

**Mike Mohring**  
**Die Rechte der Parlamente im europäischen Integrationsprozess**  
**Rede zum Jahresempfang 2012**

*Es gilt das gesprochen Wort. Sperrfrist: Redebeginn*

30 Abgeordnete. 30 Standpunkte zur parlamentarischen Arbeit. 30 Bekenntnisse zu einer kraftvollen und eigenständigen Landespolitik.

Meine Damen und Herren, mit unserem kurzen Begrüßungsfilm heiße ich Sie alle herzlich zum Jahresempfang 2012 der CDU-Landtagsfraktion willkommen.

Frei gewählte Parlamente, die etwas zu entscheiden haben, waren das große Ziel der Friedlichen Revolution vor fast 23 Jahren. Mit Abgeordneten als Repräsentanten des ganzen Volkes.

In diesem Geist haben die Abgeordneten der ersten Stunde die Arbeit aufgenommen. Dieser Geist beseelt die CDU-Fraktion noch heute.

Weil der Freiraum für politische Gestaltung aber immer wieder neu gewonnen und verteidigt werden muss, deshalb haben wir daraus das Thema unseres Jahresempfangs gemacht.

Als gedankenreichen, wackeren und wortgewaltigen Verteidiger der Abgeordneten- und Parlamentsrechte begrüße ich ganz herzlich: Den Präsidenten des Deutschen Bundestags, Prof. Dr. Norbert Lammert.

(Weitere Begrüßungen)

Warum sind Sie Abgeordneter? Die Antworten an den Redakteur unseres kleinen Films sprechen eine deutliche Sprache:

Wir haben einen Auftrag von unseren Wählerinnen und Wählern, und wir haben eine klare Vorstellung davon, was gute Politik für Thüringen ist.

Das ist eine Politik die nicht von abstrakten Programmsätzen ausgeht, sondern sich an den Menschen in Thüringen ausrichtet. An ihren Erwartungen ans Leben und an die Politik.

**Wir haben Erwartungen für ein selbstbestimmtes und freies Leben.** Deshalb steht die CDU für Gesetz und Recht und Sicherheit, denn niemand braucht den starken Staat mehr als der Schwache.

Deshalb stehen wir zugleich für einen schlanken Staat, in dem die Leistungsstarken nicht in einem Dickicht aus Vorschriften erlahmen.

**Wir haben Erwartungen für Familie.** Die CDU setzt auf die Familien und nimmt die Vielfalt der Lebensformen und Lebensentwürfe ernst. An dieser Vielfalt richtet sich auch gute Familienpolitik aus. Deshalb sind für uns verlässliche Betreuungsangebote und Thüringer Erziehungsgeld zwei Seiten einer Medaille.

Deshalb werden wir nicht zulassen, dass eine schräge Allianz aus Volkswirten und Volkserziehern auf Biegen und Brechen das Doppelverdienerehepaar mit staatlich betreuten Kindern als allein seligmachendes Leitbild durchdrückt.

**Wir haben Erwartungen als Lernende:** Jedes Kind zählt. Deshalb setzen wir auf die begabungs- und leistungsgerechte Thüringer Schule, auf die richtige Schule für jeden, statt eine Schule für alle.

Wir wollen die Schulen nicht gleicher, sondern besser machen. Das heißt auch: jeden zu einem Abschluss zu führen. Das ist der Kern unseres Oberschulkonzepts.

Es ist eben etwas völlig anderes, ob man dauernd an Schulstrukturen herumfummelt oder – wie die CDU – die Schulqualität verbessert.

**Wir haben Erwartungen als Arbeitnehmer.** Deshalb wollen wir, dass guter Lohn für gute Arbeit bezahlt wird und endlich Schluss ist mit Lohnunterschieden zwischen Ost und West.

Deshalb streiten wir für eine Lohnuntergrenze, wo es keine Tarifverträge gibt. Das heißt jedoch nicht, dass wir Arbeitgeber und Gewerkschaften aus der Verantwortung entlassen.

Mit uns wird es keinen politischen Lohn geben. Denn Löhne, die nicht durch Erträge gedeckt sind, vernichten Arbeitsplätze. Das wollen wir nicht.

**Wir haben Erwartungen als Selbständige.** Deshalb können unsere mittelständischen Unternehmer auf die Union bauen. Auch dann, wenn sie nicht in eine der industriepolitischen Schablonen passen, mit denen der Wirtschaftsminister operiert.

Denn wir wollen nicht, dass damit Entwicklungsmöglichkeiten abgeschnitten werden, die der Rote am grünen Tisch nicht sieht. Der Versuch, die Märkte industriepolitisch zu überlisten, ist noch immer schief gegangen.

**Wir haben Erwartungen als Bürger unserer Gemeinden oder Städte.** Deshalb sorgt die CDU dafür, dass in Thüringen der Bürgermeister seine Bürger und der Landrat seine Bürgermeister noch kennt. Wo der Überblick verloren geht und Anonymität regiert, da verdunstet das ehrenamtliche Engagement.

Deshalb haben wir die Landgemeinden eingeführt, in denen Gestaltungsmöglichkeiten vor Ort und effiziente und demokratische Verwaltung zusammengehören. Deshalb will die CDU keine Kreisgebietsreform.

**Wir haben Erwartungen für ältere Menschen.** Deshalb fördern wir den Zusammenhalt der Generationen und verbessern die Mitwirkungsmöglichkeiten der Senioren. Aus diesem Grund befasst sich die Fraktion intensiv mit der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum. Deshalb streiten wir für einen lebensfähigen ländlichen Raum, in dem die Großelterngeneration nicht alleine in den Dörfern sitzt.

**Wir haben Erwartungen als Bürger eines schönen und kulturell reichen Landes.** Deshalb erschließen wir diesen Reichtum und heben die Schätze. Was an nationalen Naturlandschaften, an touristischer Infrastruktur entstanden ist, das nutzt Gästen und Einheimischen.

Deshalb werden wir aber auch nicht zulassen, dass Thüringen mit Windrädern zugestellt wird. David McAllister hat völlig recht: Windenergie soll dort produziert werden, wo der Wind kräftig weht.

Und ein frischer Wind ist bekanntlich etwas anderes als die heiße Luft, die uns aus manchen Häusern anweht.

**Wir haben Erwartungen als Steuerzahler.** Deshalb tun wir in der Haushalts- und Finanzpolitik nicht so, als ob es kein Morgen gibt. Selbst dann, wenn das manchmal wehtut.

Wer dauernd mit Spendierhosen durch die politische Landschaft läuft, ist irgendwann gezwungen, seine Bürger um das letzte Hemd zu bitten. Das ist unverantwortlich. Deshalb kämpfen wir für einen Doppelhaushalt ohne neue Schulden und die Schuldenbremse.

**Wir haben Erwartungen als Bürger einer Demokratie.**

Dazu lässt sich viel sagen. Und dazu ist viel gesagt. Im Zusammenhang mit Stuttgart 21. Im Zusammenhang mit dem Aufkommen der Piraten. Immer wieder im Zusammenhang mit der Wahlbeteiligung.

Ich will einen Punkt herausgreifen. Zu den Erwartungen gehört nicht zuletzt, dass klar ist, wer für was zuständig ist. Wenn die Leute das Gefühl haben, ein Parlament hat nichts oder wenig zu entscheiden, dann bleiben sie eher weg.

Und wenn sie doch wählen und hören von ihren Vertretern immer wieder: Ich würde ja gerne, aber ich kann nicht weil.... Dann sagen sie irgendwann. Ja wozu dann der ganze Aufwand.

Mit zwei Reformen der föderalen Ordnung im Grundgesetz und mit der Stärkung des sogenannten Subsidiaritätsprinzips im europäischen Vertragsrecht sollte wieder mehr Klarheit hergestellt werden. Aber das alles wirkt doch sehr zaghaf, wenn man auf die letzten Jahre schaut.

Die Europäische Union ist als mächtiger Mitspieler in den Blick geraten. Das war sie vorher schon. Inzwischen wissen wir das aber besser. Nicht zuletzt durch die Finanz- und Verschuldungskrise und das Dauerprojekt Euro-Rettung.

Sehr geehrter Herr Prof. Lammert, es ist nicht zuletzt Ihr Verdienst, dass der Bundestag dabei nicht unter die Räder gekommen ist.

Wir danken Ihnen als Parlamentarier und Bürger dieses Landes dafür, dass Sie konsequent für die Rechte der Parlamente und vor allem jedes frei gewählten Abgeordneten eintreten.

Jeder, der sein Wort machen will, muss das können. Das ist im Thüringer Landtag von Anfang an so. Und so ist es gut.

Die europäischen Regierungen hantieren bei der Euro-Rettung mit Summen, die alles in den Schatten stellen, was in Haushaltsberatungen des Bundestages zur Diskussion steht.

Sie haben darauf hingewirkt, dass die mehr oder weniger freihändige Vergabe durch die Regierung an eine ordentliche parlamentarische Kontrolle gebunden wird.

Letztlich gebührt Ihnen dafür auch der Dank der Bundeskanzlerin. Denn der Verweis auf die Zustimmungserfordernisse dürfte ihre Verhandlungsposition eher gestärkt haben.

Gelegentliche Ohnmachtsgefühle von Abgeordneten hängen allerdings nicht alleine an den unvorstellbaren Summen, die bei der Euro-Rettung in Rede

stehen. Sie überkommen einen auch, wenn ein paar Nullen weniger im Spiel sind. Der Thüringer Landtag erlebt sie gegenwärtig sogar stärker als früher.

Warum?

Weil die CDU-Fraktion einen Europaausschuss und eine Vereinbarung mit der Landesregierung in Europaangelegenheiten durchgesetzt hat. Seither schwappt die europäische Papierflut direkter in den Landtag. Und das beschert manches Aha-Erlebnis.

Plötzlich werden Diskussionen und Verstöße der Europäischen Kommission wie diese zum Thema:

- Das Ehegattensplitting und Betreuungsgeld soll angeblich gegen europäisches Recht verstoßen, weil es der Geschlechtergerechtigkeit im Wege steht.
- Wer sich zur Krankenschwester ausbilden lassen will, soll eine zwölfjährige Schulbildung nachweisen.
- Kommunen sollen Dienstleistungsaufträge europaweit ausschreiben.
- Beim Versuch, Belastungen im Abwasserbereich zu strecken und zu lindern, lugt die EU praktisch aus jedem Paragraphen hervor.

Die Reihe ließe sich mühelos fortsetzen. Und die Abgeordneten sagen zu Recht: Moment einmal, so war das nicht gemeint!

Und jetzt stellen Sie sich vor, wenn in einer solchen Situation dann die Parole ausgegeben wird: Um die Euro-Krise zu lösen, brauchen wir *mehr* Europa. Meine Damen und Herren, da läuft es jedem Kommunal- oder Landespolitiker kalt den Rücken herunter.

Einfach weil er die große Vision Europas als Friedensgemeinschaft, wie sie die Union nun seit mehr als 65 Jahren vertritt, nicht mehr zusammenbringt mit der Zumutung, die Müllabfuhr europaweit auszuschreiben!

Wie soll man damit umgehen?

Die Frage ist falsch gestellt. Denn wir brauchen mehr *und* weniger Europa zugleich.

Helmut Kohl trichtert es uns bis heute ein: Europas Zukunft liegt nicht im Gestern und Gegeneinander, sondern im Morgen und Miteinander.

Das ist richtig. Und wenn Angela Merkel die geographischen und demographischen Dimensionen immer wieder in den Blick rückt, so hat sie Recht. Deshalb war, ist und bleibt die CDU die *Europapartei*.

Die CDU war, ist und bleibt aber immer auch *Deutschlandpartei*,

- die Partei des gelebten Patriotismus,
- die Partei, die zum Ende ihrer Versammlungen das Lied der Deutschen singt und Einigkeit und Recht und Freiheit für das *deutsche Vaterland* erbittet,
- die Partei, die ohne Wenn und Aber die Wiedervereinigung Deutschlands vorangetrieben hat,
- die Partei der inneren Einheit,
- die Partei die Multikulti durch eine vernünftige Integrationspolitik abgelöst hat und für die Leitkultur kein anstößiges Wort ist.

Wir wollen kein Europa, in dem sich die Nationen auflösen und zur Folklore werden. Europa ist ein Verbund europäischer Nationen, die sich der Freiheit, der Menschenwürde, dem Recht und der Demokratie verpflichtet wissen.

Die Demokratien in Europa haben sich im engen Zusammenhang mit dem modernen Nationalstaat entwickelt. Und es ist auf absehbare Zeit schwer vorstellbar, dass sie ohne diesen Rahmen existieren könnten.

Richtig ist deshalb: Wir brauchen *mehr* Europa, wo es um die gemeinsamen Interessen geht. Angela Merkel macht in der Finanzkrise einen wunderbaren Job.

Und der Fiskalpakt ist richtig. Eine gemeinsame Währung geht nur, wenn die Haushaltsdisziplin gewahrt wird.

Aber die parlamentarische Praxis zeigt auch: Auf der anderen Seite brauchen wir *weniger* Europa. Die geteilten Wertüberzeugungen, der gemeinsame Binnenmarkt, die gemeinsame Währung, das Europa ohne Grenzen sind das eine. Daraus ergibt sich ein notwendiger Regelungsbedarf.

Etwas anderes ist es aber, wenn die Europäische Union versucht, vom Polarkreis bis Palermo und von Dublin bis zur Donaumündung die gesellschaftliche Wirklichkeit zu formen.

Beispiele habe ich genannt. Sie sind genauso beunruhigend wie die Ansage der SPD, jetzt für gleiche Lebensverhältnisse in Europa eine Sozialunion zu etablieren.

Den Regulierungs- und Finanzbedarf will ich mir beim besten Willen nicht vorstellen.

Der Dichter Ulrich Schacht hat kürzlich im Wochenmagazin Focus – ich zitiere ihn – „*vor der politischen Umwidmung der EU in eine neojakobinische Glücksdiktatur universalistischen Charakters*“ gewarnt. Gewiss: Schacht ist nicht alleine Dichter, sondern auch ein begnadeter Polemiker. Die drastische Formulierung enthält jedoch einen wahren Kern.

Um es an einem der Beispiele klar zu sagen: Das deutsche Ehegattensplittung und das Betreuungsgeld gehen Brüssel nichts an. Wir mögen vieles brauchen, aber eines brauchen wir ganz gewiss nicht: Brüssels Einsatz für ein europaweites Familienleitbild oder ein Modell der Geschlechtergerechtigkeit.

Die Stärke Europas, sein eigentlicher Reichtum ist die Einheit in Vielfalt.

Ob Parlamente ihre Rechte wahren können und als kraftvolle politische Gestalter wahrgenommen werden, das hängt jedoch noch von einem weiteren Faktor ab: Nämlich dass in ihnen um klare Alternativen gerungen wird.

Ich bin unserer Landesvorsitzenden und Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht sehr dankbar, dass sie in einem Kommentar zu den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen den Wert der Eindeutigkeit besonders herausgestellt und für die Union angemahnt hat.

Wir müssen ehrlich miteinander umgehen: Elf Landtagswahlen hat es seit der letzten Bundestagswahl gegeben. Bei sechs davon ist die Union unter 30 Prozent gelandet, bei keiner über 40 Prozent.

Solche Ergebnisse kratzen am Volksparteistatus. In einer solchen Lage helfen nur Eindeutigkeit und Erkennbarkeit; in den Botschaften und bei den Köpfen.

Vor diesem Hintergrund sollten wir uns inhaltsleere Debatten um das Profil der CDU verkneifen.

Besonders beliebt ist die Frage, ob sich die CDU erneuern und modernisieren oder in Richtung Konservatismus entwickeln soll.

Dieses Entweder-oder ist schlicht gesagt Mumpitz. Erfolgreich ist die Union als einladende Partei, der christlich-soziale, liberale und konservative Überzeugungen die nötige Breite und Ausstrahlung geben.

Die gelegentlichen Attacken auf die Konservativen haben mehr mit politisch-programmatischem Waschzwang als mit einer zielführenden Debatte zu tun.

Der Ruf nach Modernisierung und Erneuerung ist ebenso selbstverständlich wie banal. Was sich nicht erneuert, erstarrt. Was erstarrt, stirbt irgendwann ab. Politik ist permanente Erneuerung, weil sie die Gegenwart für eine gute Zukunft gestaltet.

Wer mit der selbstverständlichen Forderung nach Erneuerung aber Konservative diskreditiert, der versteht von beidem nichts.

*Meine Damen und Herren:*

Konservative hüten nicht die Asche sondern das Feuer. Dafür sollten wir ihnen dankbar sein. Denn niemand von uns will, dass der Ofen irgendwann ausgeht.

Man kann es auch noch anders sagen: Konservativ sein heißt nicht, an dem zu hängen, was gestern war, sondern aus dem zu leben, was immer gilt.

Und das sind für die CDU das christliche Menschenbild, die Menschenwürde, die aus den Wurzeln des Christentums und der Aufklärung gewachsenen Grundwerte, die unser Grundgesetz und unsere Gesellschaft tragen.

Dieses Land, dieser Freistaat Thüringen, Deutschland und Europa brauchen uns christliche Demokraten so nötig wie lange nicht mehr.

***Denn die anderen*** sitzen auf riesigen Schuldenbergen und meinen, dass man auf die roten Gipfel dieser Berge einfach noch eine Schippe draufschaufeln muss – dann regelt sich das schon irgendwie.

Tut es eben nicht: Die beuten Kinder und Enkel aus und verfrühstücken unsere Zukunft.

***Die anderen*** basteln so lange ein teures Rundum-sorglos-Paket nach dem anderen, bis alle irgendwie an den Zitzen des Staates saugen und die Menschen vergessen haben, dass zur Freiheit auch Selbstverantwortung gehört.



**Die anderen** erzählen uns so lange, was das Gute, Schöne, Wahre sein soll, bis wir irgendwann selber aufhören zu denken und die vielen politischen Korrektheiten den intellektuellen Horizont verkürzen.

**Die anderen** betreiben Politik so, als ob die Glücksverheißungen fürs Leben aus den Bescheiden der Sozialbürokratie kommen müssten. Welch ein fataler Irrtum und was für ein schräges Menschenbild!

Nein: **Wir christliche Demokraten** wollen des Lebens bunte Fülle.

Wir wollen Bürger, die ihre Freiheit leben. Die mit Lust nach Leistung streben.

Die Selbstverantwortung und Verantwortung für andere übernehmen.

Die Solidarität üben. Etwas, wofür wir das schöne Wort Nächstenliebe kennen.

Diese CDU – unsere Union – hat eine großartige Erzählung. Erzählen wir sie!